



## Presseschau vom 18.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Rainer Rupp: Wie der Krieg in der Ukraine verhindert werden kann**

In einem Krieg um die Ukraine würden die USA und die NATO nicht nur militärisch verlieren. Um diesen Krieg zu verhindern, rät ein namhafter US-Stratege der Biden Regierung in einer bemerkenswerten Analyse, die ausgerechnet in einer dem US-Militär nahestehenden Publikation erschienen ist, eine dicke und bittere Pille zu schlucken. ...

<https://kurz.rt.com/2r8o>

#### **Dagmar Henn: Der Tote im Tiergarten und der Staatsterrorismus**

Ein Berliner Kammergericht unterstellt dem russischen Staat "Staatsterrorismus" in dem Verfahren um den Mord an Semlikan Changoschwili. Wenn man allerdings Staatsterrorismus sucht, findet man ihn eher in der Vergangenheit des Ermordeten. ...

<https://kurz.rt.com/2r8z>

### abends/nachts:

#### **de.rt.com: EU verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland um sechs Monate – Gegenmaßnahmen angekündigt**

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten haben auf einem Gipfel in Brüssel einstimmig beschlossen, die sektoralen Wirtschaftssanktionen gegen Russland um

sechs Monate zu verlängern. Russland kündigt Gegenmaßnahmen an.

Die Europäische Union hat einstimmig bei einem Gipfeltreffen in Brüssel beschlossen, die wegen des andauernden Ukraine-Konflikts verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verlängern. Dies teilte der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel auf Twitter mit:

"Wir fordern Russland auf, seinen Teil der Abmachung einzuhalten und die Umsetzung von den Minsker Abkommen voranzutreiben."

Im Anschluss an das Treffen rief der Europäische Rat Russland auf, die Spannungen an seiner Grenze zur Ukraine abzubauen, die durch eine "militärische Aufrüstung" und "aggressive Erklärungen" verursacht würden. Zudem äußerte der Rat seine absolute Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.

Russland ließ das Ganze nicht ohne Antwort. Moskau halte die Verlängerung der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland für illegal, geht es aus der Erklärung von Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, hervor. Er versicherte, dass Russland "eine ganze Palette an funktionierenden Gegenmaßnahmen hat". Diese sollen gleichzeitig zu den EU-Sanktionen ebenfalls fortgesetzt werden. Überdies betonte Peskow:

"Vor allem gilt, dass Sanktionen nie irgendwo dazu geführt haben, dass die Initiatoren ihr Ziel erreicht haben."

Trotz Milliardenverlusten für europäische Firmen hatte die EU im Jahr 2014 finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt. Den Strafmaßnahmen lag in erster Linie die Wiedervereinigung der Krim mit der Russischen Föderation zugrunde. Eingeführt wurden diese nach dem Absturz eines malaysischen Flugzeugs mit fast 300 Menschen an Bord über der Ostukraine im Juli 2014. Zuletzt wurden die Sanktionen im Juli 2021 bis zum 31. Januar 2022 verlängert. Nun werden sie bis Ende Juli nächsten Jahres gelten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bcab5eb480cc35bc0e52b1.jpg>

colonelcassad.livejournal.com: (Blog des Sewastopoler Journalisten Boris Roshin):

### **Polnische Strafruppen**

Ein nach Belarus geflohener polnischer Soldat berichtete von Massenmorden durch Polen an der Grenze mit Belarus, wo ohne Gericht und Ermittlung sowohl Migranten als auch polnische Freiwillige, die versuchten den Flüchtlingen zu helfen, ermordet wurden.

„Niemand kam es vor, dass wir Migranten begleiteten und sie nicht töteten.“ Dies berichtete der polnische Soldat Emil Czezko, der politisches Asyl in Belarus beantragte, teilte BELTA mit. Während eines Interviews erzählte der polnische Soldat, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt Autos mit Grenzschützern an seinen Dienort kamen und ihn und seine Kollegen mitnahmen. Als erste nahmen sie Emil Czezko und einen Kameraden mit. Auf dem Weg boten sie ihnen an Alkohol zu trinken. Als sie vor Ort ankamen, sahen sie einige Personen.

„Einer fragte bei einem anderen Grenzschrützer, ob man die Waffen nachladen sollte. Und als wir fragten warum, sagten sie, ladet nach und begannen uns auf den Kopf zu zielen, um uns zu zwingen zu schießen. Bei der ersten Patrouille waren wir betrunken, auf dem Weg fingen sie einen Menschen, brachten ihn in den Wald, gruben eine Grube und direkt vor unseren Augen schossen ihn die Grenzschrützer in den Kopf“, berichtete er.

Nach seinen Worten, waren unter denen, die von den polnischen Grenzschrütern getötet wurden, Freiwillige und Migranten. „Ich war in einer solchen Situation, wo irgendein Freiwilliger kam und begann zu sprechen: „Wohin führt ihr sie (die Flüchtlinge; Anm. BELTA)?“ Und ein Grenzschrützer schoss ihm einfach in die Stirn. Ich sah zwei solche Situationen“, berichtete der Soldat. „Es gab niemals eine solche Situation, dass wir Migranten begleiteten und sie nicht töteten. Wir töteten immer. Die Leichen der Migranten wurden in der Erde verscharrt oder von Wölfen zerrissen, aber die meisten in Gruben. Mir fällt es schwer zu sagen, wie viele Gräber dort sind. Dorthin muss das Rote Kreuz kommen und all dies untersuchen“.

Es ist festzustellen, dass Polen praktisch seit Beginn der Krise an der Grenze zu Belarus Journalisten den Zugang zu dem Gebiet, wohin die Flüchtlinge durchgebrochen sind, verwehrt hat.

Jetzt werden die Motive dafür, der Presse den Zugang zu verweigern, transparenter, falls die Rede von einer banalen Verheimlichung von Verbrechen ist, die kaum ohne Kenntnis der polnischen Regierung geschehen konnten.

Und jetzt erinnern wir uns an ein Video, in dem Migranten an der Grenze von Belarus und der Ukraine erschossen wurden, das von Seiten Achmetows zugespielt wurde. Damals wurde erklärt, dass das Video angeblich unklar ist und es keine Zeugnisse für Derartiges an der Grenze zu Belarus gibt.

Aber zuerst erschien das Video mit dem Erschießen und jetzt kam auch ein Zeuge der Morde. Übrigens starben während der Krise mit den Migranten an der Grenze zu Belarus zwei polnische Soldaten. Einer starb angeblich in seinem Zelt und der andere erschoss sich angeblich. Im Lichte der Information über Czezko kommen Fragen auf, ob die polnischen Soldaten von allein starben. Vielleicht wollten sie sich auch nicht an Morden beteiligen ...

### **snews.de: Polnische Militärpolizei strengt Verfahren gegen nach Weißrussland geflüchteten Soldaten an**

Die polnische Militärpolizei will demnächst ein Strafverfahren gegen einen nach Weißrussland geflüchteten Soldaten einleiten.

„Zum Fall des Armeeingehörigen Emil C., der seinen Dienstort eigenmächtig verlassen hat, wird gemäß Paragraf 3 des Artikels 339 des Strafgesetzbuches ‚Fahnenflucht‘ ermittelt. Ihm drohen bis zu zehn Jahre Freiheitsentzug“, hieß es in einer am Freitag auf Twitter veröffentlichten Mitteilung der Militärpolizei.

Zuvor hatte der Grenzschutz Weißrusslands mitgeteilt, dass der 25-jährige polnische Armeeingehörige Emil Czezko Weißrussland um politisches Asyl ersucht hatte. „Da er mit der polnischen Politik in der Migrationskrise und mit der unmenschlichen Behandlung von Flüchtlingen nicht einverstanden war, beantragte der Soldat politisches Asyl in der Republik Belarus“, hieß es in der Mitteilung.

Der Soldat sagte aus, er habe gesehen, wie polnische Grenzschrützer zwei Flüchtlingshelfer an der polnisch-weißrussischen Grenze erschossen hatten. „Als ein Helfer kam und fragte ‚Wo bringt ihr sie hin‘, da schoss ein Grenzer ihm einfach in den Kopf“, teilte der Überläufer mit. Dem polnischen Verteidigungsministerium zufolge wurde den Kommandeuren des geflüchteten Soldaten bereits gekündigt. Aus den polnischen Sicherheitskreisen erfuhr SNA am Freitag, dass Czezko die Grenze ohne Dienstwaffen übertreten hatte.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/11/4730127\\_0:42:3109:1791\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_e21189fcc84b42065a7cd9de9a498bf9.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/11/4730127_0:42:3109:1791_1920x0_80_0_0_e21189fcc84b42065a7cd9de9a498bf9.jpg)

**vormittags:**

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

snnews.de: **Kiew fordert von Berlin mehr Militärhilfen und Stopp von Nord Stream 2**

Bei einem Treffen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Tobias Lindner, hat der stellvertretende Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Roman Maschovets, Berlin um weitere Militärhilfen gebeten und einen Stopp der Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2“ als ein klares Signal gegen die vermeintliche russische Aggression gefordert.

Laut einer Mitteilung des Präsidialamtes wurden bei dem Treffen am Freitag die Lage um die Ukraine sowie ausgewählte Themen der bilateralen Sicherheitskooperation besprochen. Dabei brachte Maschovets den Wunsch der Regierung in Kiew zum Ausdruck, dass Deutschland ihre Hilfen zur Verstärkung der Verteidigungskapazitäten der Ukraine erhöhe, die Kiew als eine wichtige Abschreckung gegen Russland ansehe, und keine künstlichen Einschränkungen in dieser Frage mehr schaffe.

Maschovets forderte Deutschland zudem auf, „Maßnahmen zu ergreifen, um die Staaten der EU, der Nato und die gesamte westliche Gemeinschaft zu konsolidieren“ und Russland gemeinsam unter vorsorglichem Sanktionsdruck zu setzen, um seine „weiteren aggressiven Aktionen“ zu verhindern.

„Es wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, das Projekt Nord Stream 2 zu stoppen, was ein klares Signal für die Entschlossenheit Deutschlands und anderer europäischer Länder wäre, sich der russischen Aggression zu widersetzen“, heißt es in der Mitteilung.

Lindner seinerseits betonte, dass Deutschland bereit sei, die Ukraine entschlossen zu unterstützen, wobei sich Berlin für eine Politik des Dialogs und für eine politische und diplomatische Lösung der Situation einsetze.

### **Nord Stream 2**

Die Ostsee-Pipeline von Russland nach Deutschland wurde vor Wochen fertiggestellt. Über die Betriebserlaubnis entscheidet die Bundesnetzagentur. Die Pipeline wird seit langem von den USA, aber auch von einigen EU-Ländern scharf kritisiert. Sie befürchten eine zu große Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung. Moskau betonte bereits mehrmals, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt darstelle, das sowohl für Russland als auch für die EU Vorteile habe und nicht politisiert werden sollte.

### **Ukraine-Krise**

In der letzten Zeit berichten westliche Medien verstärkt über eine „russische Invasion“ in die Ukraine. Kiew gab zunächst an, keinen Truppenaufbau in der Nähe der ukrainischen Grenzen zu registrieren. Etwas später schlossen sich die ukrainischen Behörden aber den Berichten aus den US-amerikanischen Geheimdiensten an, wonach Moskau angeblich Pläne hat, das Nachbarland Anfang 2022 anzugreifen.

Russland hatte diese Vorwürfe wiederholt zurückgewiesen und betont, dass sie hauptsächlich als Vorwand dienen würden, um mehr Streitkräfte und Ausrüstung der Nato an die Grenzen des Landes zu bringen. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Russland keine aggressiven Pläne hegt und niemanden angreifen werde. Es würde aber seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums und nach eigenem Erachten verlegen. Dies bedroht ihm zufolge niemanden und sollte niemanden beunruhigen. Trotzdem drohen die führenden westlichen Politiker, darunter auch die Chefs der Nato und der EU-Kommission, Russland mit Sanktionen und anderen Konsequenzen.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1f/353633\\_0:180:1920:1260\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_12e74beaf3ea220e7d865f79baac57a0.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1f/353633_0:180:1920:1260_1920x0_80_0_0_12e74beaf3ea220e7d865f79baac57a0.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Dezember 3:00 Uhr bis 18. Dezember 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Dolomitnoje, Golmowskij.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen gab es unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde infolge einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU unter Einsatz einer BOG-Granate wieder die 43. Feuerwache des Zivilschutzministeriums der DVR in der Uliza Gardina 2/2A in Golomowskij beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 16.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

## de.rt.com: **Maßnahmen gegen RT in Deutschland: Maria Sacharowa spricht von Verfolgung und appelliert an OSZE**

Nachdem die sich zuständig glaubende Medienanstalt in Deutschland rechtliche Schritte gegen das deutschsprachige Programm des Fernsehsenders RT angekündigt hat, fordert die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, die OSZE auf, die Pressefreiheit in Deutschland zu verteidigen.

In der Situation um den Sendestart des deutschsprachigen RT-Fernsehprogramms hat die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) appelliert. Die Diplomatin schrieb in der Nacht zum Samstag auf Telegram von einer Verfolgung des Senders. Die deutsche Seite habe von Anfang an die Ausstellung einer Sendelizenz für RT DE für Deutschland ausgeschlossen und habe sogar Luxemburg unter Druck gesetzt. Jetzt werde der Fernsehsender unverhohlen bedroht. "Das ist keine Zensur mehr, das ist Verfolgung."

In diesem Zusammenhang wandte sich Sacharowa an die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien Teresa Ribeiro. Die russische Diplomatin forderte von der Organisation eine deutliche Stellungnahme.

"Wird sich die OSZE darüber weiterhin ausschweigen? Frau Ribeiro, wir erwarten nicht, wir fordern eine entschiedene Verurteilung solcher Handlungen."

Zuvor hatte der Europabeauftragte der Medienanstalten Tobias Schmid trotz Rechtmäßigkeit aller RT-Aktivitäten in Deutschland den neuen Kanal als ein "echtes Ärgernis" bezeichnet. In einem Interview mit dem NDR sagte er ferner:

"Wir werden uns darum kümmern."

Die stellvertretende Chefredakteurin von RT, Anna Belkina, wiederholte ihrerseits, dass der deutschsprachige Fernsehsender RT DE eine Lizenz besitze, die dem Kanal das Recht gebe, in Deutschland und 32 anderen europäischen Ländern auf Sendung zu gehen.

Die Beschwerde der deutschen Medienanstalt richte sich nicht gegen den Fernsehkanal RT DE, der von Moskau aus sende, sondern gegen das Unternehmen RT DE Productions, das ein paar Programme für den Sender RT DE produziere und dabei grundsätzlich kein Fernsehen mache. Belkina bezeichnete die angekündigten rechtlichen Schritte gegen RT als haltlos und absurd.

RT hatte am 16. Dezember sein Rund-um-die-Uhr-Fernsehprogramm in deutscher Sprache gestartet. Nur wenige Stunden nach dem Sendestart wurde der YouTube-Account des Kanals gelöscht. Man kann RT auf Deutsch aber weiterhin über Satellit und entsprechende Apps sowie auf der Website von RT DE empfangen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bda283b480cc5ac701d55e.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. Dezember um 9:00 Uhr 21.219 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 457 Personen sind derzeit erkrankt, 17.732 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3030 Todesfälle.

### de.rt.com: **Verzicht auf Osterweiterung: Russland übermittelt Entwürfe für Sicherheitsverträge mit USA und NATO**

Russland hat der NATO vorgeschlagen, sich zu verpflichten, die Ukraine und andere Länder nicht in das Bündnis aufzunehmen und keine militärischen Aktionen auf ukrainischem Gebiet durchzuführen. Zeitgleich schlug Moskau den USA auch vor, eine Garantie abzugeben, dass die ehemaligen Sowjetstaaten nicht der NATO beitreten werden.

Russland hat den USA einen Vertragsentwurf über Sicherheitsgarantien unterbreitet und der NATO ein Abkommen über Sicherheitsmaßnahmen zwischen Russland und den NATO-Ländern übergeben. Dies teilte das russische Außenministerium am Freitag mit. Die Dokumente wurden bereits am 15. Dezember unter anderem der US-Unterstaatssekretärin Karen Donfried übergeben.

#### **Moskaus Angebot an Washington**

In dem Vertragsentwurf mit den USA schlug Russland im einleitenden Teil vor, den Grundsatz jeglicher Vermeidung der Entfesselung eines Atomkrieges zu verankern. Das Dokument umfasst insgesamt acht Artikel.

- Im ersten Artikel schlägt Moskau vor, dass die USA zustimmen, auf der Grundlage der Prinzipien der unteilbaren und gleichen Sicherheit zu handeln, ohne die Sicherheit der anderen Seite zu gefährden, und zu diesem Zweck gegenseitige Verpflichtungen einzugehen, keine Aktionen und Aktivitäten durchzuführen, die die Sicherheit der anderen Seite beeinträchtigen.
- *Die Seiten dürfen das Hoheitsgebiet anderer Staaten nicht zur Vorbereitung oder Durchführung eines bewaffneten Angriffs gegen Russland oder gegen die Vereinigten Staaten nutzen.*
- *Die USA sollten sich verpflichten, eine fortgesetzte Osterweiterung der NATO auszuschließen und die Aufnahme von Staaten, die früher zur UdSSR gehörten, in das Bündnis abzulehnen. Dies gilt zumindest für die Ukraine und Georgien, die immer wieder den Wunsch geäußert haben, dem Bündnis beizutreten.*
- *Die USA sollten keine Militärstützpunkte auf dem Territorium ehemaliger Sowjet- und Nicht-NATO-Staaten errichten, deren Infrastruktur nicht für militärische Aktivitäten nutzen und keine bilaterale militärische Zusammenarbeit mit ihnen entwickeln.*
- *Russland schlägt außerdem vor, gegenseitig auf die Stationierung von Streitkräften und Waffen – auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärbündnisse oder Koalitionen – in Gebieten zu verzichten, in denen eine solche Stationierung von der anderen Seite als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit empfunden würde, ebenso auf Flüge schwerer Bomber außerhalb des nationalen Luftraums, die für nukleare oder nichtnukleare Waffen ausgerüstet sind, sowie auf Überwasserkriegsschiffe aller Klassen in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer, von denen aus sie eingesetzt werden könnten, zu verzichten.*
- *Russland schlägt auch vor, zu dem Grundsatz zurückzukehren, dass landgestützte Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen nicht außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets stationiert werden dürfen.*
- *Moskau hält es auch für notwendig, die Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Territoriums auszuschließen.*

#### **Russlands Angebot an die NATO**

Moskau hat außerdem und zeitgleich dem NATO-Bündnis eine Vereinbarung vorgeschlagen, die eine Rückkehr zum NATO-Russland-Rat, die Wiederherstellung von

Kommunikationskanälen und die Abkehr von der gegenseitigen Betrachtung als Gegner vorsieht. In neun Artikeln des Dokuments hält Russland unter anderem folgende Vorschläge für unerlässlich:

- *Die Nichtverlegung von Streitkräften und Rüstungsgütern durch Russland und die NATO-Länder in das Hoheitsgebiet aller anderen europäischen Staaten, zusätzlich zu den Streitkräften, die sich am 27. Mai 1997 bereits in diesen Hoheitsgebieten befanden.*

- *Die Beseitigung der Stationierung von landgestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Gebieten, von denen aus sie Ziele im Hoheitsgebiet anderer Parteien angreifen können.*

- *Den Verzicht auf die fortgesetzte NATO-Erweiterung, einschließlich des Beitritts der Ukraine und anderer Staaten.*

- *Die NATO-Staaten sollten auf alle militärischen Aktivitäten in der Ukraine sowie in anderen osteuropäischen, transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten verzichten.*

Präsident Wladimir Putin hatte am 18. November auf einer Sitzung des Außenministeriums den Wunsch Russlands nach Sicherheitsgarantien bekundet. Gleichzeitig beauftragte er die diplomatische Abteilung mit der Ausarbeitung russischer Vorschläge. Putin erklärte:

"Es muss die Frage aufgeworfen werden, ob Russland ernsthafte langfristige Garantien erhalten sollte, um unsere Sicherheit in dieser Richtung zu gewährleisten, denn Russland kann nicht einfach so existieren und ständig darüber nachdenken, was morgen dort geschehen könnte."

In der Videokonferenz mit dem US-Präsidenten Joe Biden am 7. Dezember erörterte Putin das Thema der Sicherheitsgarantien. Nach Angaben des Pressedienstes des Kremls erklärte der russische Präsident seinem US-amerikanischen Amtskollegen, dass Russland an verlässlichen Garantien interessiert sei, die eine Osterweiterung der NATO ausschließen. Alle Vorschläge entsprechen dem, was das Außenministerium daraufhin bereits am 10. Dezember in einer Erklärung veröffentlichte.

### **Welche Reaktion erwartet Moskau von der NATO und den USA**

Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow kommentierte den Entwurf der russischen Dokumente bei einem Briefing am Freitag. Er werde über diese Themen verhandeln. Ihm zufolge sollten die Vorschläge als Grundlage und Plattform dienen, zumal die russischen Entwürfe bereits alle notwendigen Verweise auf die früheren Dokumente sowie eine Übersetzung ins Englische enthalten. Die russischen Vertreter seien bereit, sofort und überall Gespräche aufzunehmen. Als möglichen Verhandlungsort nannte Rjabkow Genf.

Die NATO und die USA hatten sich zuvor mehr als einmal zur Nichtausweitung des Bündnisses geäußert. Am Vorabend der russischen Vorschläge bekräftigte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass die Ukraine ein souveränes Land sei, das seine Zukunft selbst bestimmen müsse. Die Entscheidung über den Beitritt der Ukraine zur NATO werde nur von Kiew selbst und den 30 Mitgliedern des Nordatlantischen Bündnisses getroffen.

Stoltenberg sagte wörtlich:

"Wir werden keine Kompromisse eingehen, wenn es um das Recht der Ukraine geht, ihren eigenen Weg zu wählen."

Rjabkow zufolge können die russischen Forderungen jedoch nicht als unannehmbar betrachtet werden. Der stellvertretende Außenminister Russlands sagte:

"Ich denke, die Situation in Europa und Eurasien in jüngster Zeit unterscheidet sich so radikal von allem, was vorher war, dass keine Schablonen, keine Standards aus der damaligen, alten Erfahrung hier anwendbar sind."

Er warnte zugleich, dass die bilateralen Abkommen zur Verhinderung von Zwischenfällen verbessert werden müssten, falls die russischen Vorschläge nicht angenommen würden.

Rjabkow befürchtet jedoch, dass auch solche Maßnahmen ohne Annahme der russischen Vorschläge die Situation nicht retten werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bca84448fbef2e700843ca.jpg>

Mzdnr.ru: Am 17. Dezember wurden in der DVR 1093 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 270 positiv, bei 144 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 56 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 4 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 34 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1035 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 712 mit Sauerstoffunterstützung (+14 in den letzten 24 Stunden).

Am 18. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 116.359 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3232 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 104.183 als gesund entlassen, es gibt 8944 Todesfälle.

### **nachmittags:**

#### **de.rt.com: Russland verlässt endgültig Open-Skies-Vertrag**

Nach den USA hat nun auch Russland den sogenannten Vertrag über den Offenen Himmel offiziell verlassen. Ab dem 18. Dezember darf das russische Militär keine Beobachtungsflüge mehr absolvieren. Die Mitgliedschaft Weißrusslands im Open-Skies-Vertrag bleibt noch offen. Seit diesem Samstag ist Russland kein Mitglied des Vertrags über den Offenen Himmel mehr. Somit darf das russische Militär keine Beobachtungsflüge über dem Territorium der restlichen Vertragsmitglieder absolvieren. Auch sie haben seit dem 18. Dezember kein Recht mehr, bei Beobachtungsflügen mittels technischer Mittel militärische Objekte und Aktivitäten in Russland zu kontrollieren. Moskau hat die Teilnehmer des Abkommens über seinen Schritt informiert. Das Verteidigungsministerium will nun Informationen über Militärobjekte im Ausland über Satelliten beschaffen. Die Mitgliedschaft Weißrusslands an dem Vertrag über den Offenen Himmel bleibt noch offen.

Am Samstagmorgen teilte das russische Außenministerium mit, dass der Vertrag jahrzehntelang zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Sicherheit beigetragen habe. Das Abkommen sei ein Instrument der objektiven Einschätzung von Militärkapazitäten und -aktivitäten der Unterzeichnersaaten gewesen. Die russischen Diplomaten machten die USA für das Untergraben des Open-Skies-Vertrags verantwortlich.

"Leider konnten all unsere Bemühungen den Vertrag nicht in der Form retten, die sich seine Verfasser ursprünglich vorgenommen hatten. Er fiel einem internen Kampf zwischen verschiedenen Interessengruppen in den USA zum Opfer. Die 'Falken' gewannen die Oberhand."

Das russische Außenministerium begrüßte zwar die Entscheidung der restlichen

Teilnehmerstaaten, den Vertrag aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig zeigten sich die russischen Diplomaten sicher, dass das Abkommen ohne USA und Russland an seiner Effizienz signifikant verlieren werde. Sein Anwendungsbereich werde um ungefähr 80 Prozent abnehmen. Auch die Zahl der für das Jahr 2022 geplanten Beobachtungsflüge werde rasch sinken.

Der Schritt Russlands kam mit Ansage, nachdem die USA am 21. Mai 2020 ihren Ausstieg aus dem Abkommen angekündigt hatten. Dieser wurde am 22. November 2020 wirksam. Die europäischen Verbündeten der USA weigerten sich, Moskau ihre Garantie zu geben, dass sie die während ihrer eigenen Beobachtungsflüge über Russland gesammelten Informationen nicht an Washington weiterleiten würden. Die russische Regierung zeigte sich dialogbereit und schlug vor, alle gegenseitigen Vorwürfe im Rahmen eines Beratungsgremiums auszuräumen. Da dieses Angebot keine Unterstützung fand, leitete Moskau im Januar 2021 ebenfalls den Ausstieg aus dem Abkommen ein. Am 7. Juni unterzeichnete Präsident Wladimir Putin den entsprechenden Erlass. Russlands Austritt aus dem Vertrag wurde somit am 18. Dezember wirksam.

Das Abkommen war im Jahr 1992 geschlossen worden. Es erlaubte den ursprünglich 27 und später 34 Unterzeichnerstaaten mehrere Beobachtungsflüge pro Jahr im Luftraum der Vertragspartner. So konnten die USA und Russland jeweils bis zu 42 Aufklärungsflüge im Jahr machen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bd94b348fbef2ecf1ae558.jpg>

#### snanews.de: **Russischer Diplomat macht USA für Migrationskrise an EU-Grenze verantwortlich**

Die Migrationskrise an den EU-Ostgrenzen ist nicht durch Verschulden Weißrusslands, sondern infolge von Versuchen westlicher Länder entstanden, der Welt ihre eigene Vorstellung von Demokratie aufzuzwingen. Diese Auffassung vertrat der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, in einem Interview mit der US-Wochenschrift „Newsweek“.

Der Diplomat rief dazu auf, von Sanktionen und Drohungen gegen Weißrussland abzusehen und das Problem in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht beizulegen.

„Der Hintergrund zur Entstehung dieser Situation liegt in den Versuchen westlicher Länder, darunter auch der USA, weltweit ihre Vorstellung von Demokratie zu diktieren. Diese Tätigkeit der USA und ihrer Partner hat in den letzten Jahrzehnten zu einer Serie regionaler Konflikte geführt. Als Ergebnis dessen haben wir weltweit ihre Vorstellung von Demokratie zu diktieren im Nahen Osten und in Nordafrika sowie einen wirtschaftlichen Rückgang und Massenströme von Migranten beobachtet“, zitiert die Wochenschrift den Diplomaten.

„Aus diesem Grund ist Weißrussland zu einem Transitpunkt für Flüchtlinge geworden. Dies geschah nicht durch Verschulden von Minsk“, betonte Antonow.

Der Westen wirft den weißrussischen Behörden vor, für eine Druckausübung gegen die

Europäische Union Flüchtlinge kommen zu lassen, die sich nach Polen und Litauen absetzen wollen. „Unserer Meinung nach ist ein konstruktiver Dialog mit Minsk der einzig mögliche Weg aus dieser Situation“, betonte Antonow.

Auf die gegen Moskau erhobenen Vorwürfe wegen „Aggressionsplänen“ gegen die Ukraine eingehend, sagte Antonow, Russland bedrohe niemanden, aber eine hypothetische Nato-Mitgliedschaft der Ukraine setze sich über die roten Linien seiner nationalen Interessen hinweg.

Der Diplomat qualifizierte diese Anschuldigungen als „absolut unbegründete Propaganda“. „Die tagtäglichen Warnungen des State Departments und des Pentagons vor einer Aufstockung der militärischen Präsenz Russlands an den Grenzen zur Ukraine sind nichts anderes als Propaganda“, betonte Antonow. Er fügte hinzu, dass Russland voll im Recht sei, seine Truppen auf eigenem Territorium zu verlegen und dort Übungen durchzuführen. Laut Antonow sei die andauernde Militarisierung der Ukraine durch die Nato, die Präsenz westlicher Truppen auf ihrem Territorium und eine hypothetische Mitgliedschaft dieses Landes in der Allianz für Moskau inakzeptabel.

Russland möchte, dass die USA die Ukraine zur Einhaltung der Minsker Abkommen bewegen und ein Signal über die Unzulässigkeit ihrer Revision senden sollten, so Antonow.

„Wir möchten, dass Washington ein klares Signal über die Unzulässigkeit einer Revision der Minsker Abkommen sendet, die eine unumstößliche Grundlage für die Bereinigung der Situation bilden. Die USA besitzen Ressourcen dafür, (den ukrainischen Präsidenten Wladimir) Selenski zur Erfüllung der Minsker Abkommen zu stimulieren, die durch die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats bestätigt wurden und einen rechtlich verbindlichen Charakter haben“, zitiert die Wochenschrift Antonow.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/12/4734001\\_0:102:3279:1946\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_faf01c77b698d98cfed1cc0729d1e470.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/12/4734001_0:102:3279:1946_1920x0_80_0_0_faf01c77b698d98cfed1cc0729d1e470.jpg)

**armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 18.12.2021**  
**In den letzten 24 Stunden** haben Kämpfer aus der 30. mechanisierten Brigade **zweimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung verletzt.**

Gestern tagsüber haben ukrainische Straftruppen einen geplanten Schlag auf das Gebäude der 43. Feuerwache des Zivilschutzministeriums der DVR in **Golmowskij** verübt, indem sie mit einer Drohne eine selbstgebaute Sprengvorrichtung auf Grundlage einer BOG-17-Granate auf diesen abgeworfen haben.

Am Abend haben die Besatzer von den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Dolomitnoje** abgefeuert.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer der 95. Brigade in Richtung Gorlowka von den Positionen in den Gebieten von Dershinsk und Leninskoje aus die **Siedlung des**

**Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit 82mm-Mörsern beschossen und 14 Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Nach Angaben unserer Aufklärung wurde die am 17. Dezember für den Schlag auf Golmowskij eingesetzte selbstgebaute Drohne von Freiwilligen am 12. Dezember zum „Tag der Bodentruppen der ukrainischen Streitkräfte“ an die 30. Brigade übergeben.

Außerdem haben wir die Übergabe einer Drohne, die für den Abwurf von selbstgebauten Sprengeinrichtungen ausgestattet ist, durch Freiwillige an die 95. Luftsturmbriade festgestellt. In diesem Zusammenhang erwarten wir terroristische Aktivitäten von Seiten der Kämpfer der 95. Brigade in Richtung Gorlowka.

**Man kann mit Überzeugung sagen, dass die ukrainischen Freiwilligen unmittelbare Unterstützer von Terrorakten gegen die Einwohner unserer Republik sind,** auf gleiche Weise wie die Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer sechs Stück **Militärtechnik in ukrainisch kontrollierten Ortschaften stationiert:** zwei Haubitzen D-30A und eine Antipanzerraketenkomplex „Konkurs“ aus dem Bestand der 53.

mechanisierten Brigade auf dem Gebiet eines Objektes in der Nähe eines Wohngebiets von Schewtschenko sowie ein Kommandostabsfahrzeug R-142, ein Schützenpanzer und ein Abwehrgeschütz SU-23 aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade in der Nähe von Pionerskoje.

Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Satschatowka zehn Haubitzen D-20, sechs Haubitzen „Gwosdika“ und acht Antipanzergeschütze „Rapira“ bemerkt.

Wir erhalten weiter Informationen über die **Verschlechterung der epidemiologischen Lage in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine.**

Am 17. Februar hat unsere Aufklärung einen Fall von Evakuierung von 12 Kämpfern von den Positionen eines Panzergrenadierbataillons der 53. Brigade im Gebiet von Nowotroizkoje im Zusammenhang mit einer deutlichen Verschlechterung des Gesundheitszustands, Erbrechen, Fieber und Schwindelanfällen festgestellt. Zuvor wurde in dem genannten Gebiet die Entladung von militärischem Material und Lebensmittel bemerkt. Wir schließen nicht aus, dass Ursache der Massenvergiftung abgelaufene Lebensmittel oder zum Trinken nicht geeignetes Wasser sind.

Im Zusammenhang mit der geringen Personalausstattung der 95. Luftsturmbriade hindert das Brigadekommando das Personal weiter daran, in andere Verbände der ukrainischen Streitkräfte versetzt zu werden und zwingt so die Untergebenen, eine Möglichkeit zur Entlassung auf Grund des Gesundheitszustands zu suchen. Im Zusammenhang damit kann man in der nächsten Zeit eine Zunahme der Fälle von Selbstverletzungen in der 95. Luftsturmbriade erwarten.

**Arbeit von Werbegruppen der 95. Luftsturmbriade in den Territorialen Zentren für Personalgewinnung und soziale Unterstützung (Militärkommissariate)** in der Tiefe des Landes ist festzustellen. Das Kommando der 95. Brigade hat eine Suche nach dem Hauptmann Lebedj organisiert, der in das territoriale Zentrum von Saporoshe abkommandiert worden war, aber sich nicht meldete, der Aufenthaltsort des Kämpfers ist unbekannt. Die Werbeaktivität von Leutnant Surmatsch ihrerseits wird vom Kommando positiv wahrgenommen. Er konnte in Militärkommissariat von Ternopol 12 Anwärter für die Unterzeichnung von Verträgen für den Dienst in der 95. Luftsturmbriade anwerben. Von diesen haben sechs Vorstufen und vier wurden aufgrund ihres Gesundheitszustands vom Dienst freigestellt.

de.rt.com: **Übergelaufener polnischer Soldat berichtet über Exekutionen an polnisch-weißrussischer Grenze**

Der polnische Soldat, der aus der polnischen Armee desertierte und am Donnerstag in Weißrussland einen Asylantrag stellte, berichtet im weißrussischen Fernsehen über Erschießungen von Migranten in den grenznahen Wäldern durch polnische Grenzschrützer. Warschau hat bestätigt, dass der Überläufer ein Soldat der polnischen Armee ist.

Die staatliche weißrussische Nachrichtenagentur Belta veröfientlichte am Freitag ein Interview mit einem, wie der Mann von sich behauptet, polnischen Armeeingehörigen, der einige Tage zuvor aus der polnischen Armee desertiert ist und politisches Asyl in Minsk beantragt hat.

Der Mann heißt Emil Czezko und legte laut Darstellung der weißrussischen Nachrichtenagentur einen polnischen Militärausweis auf diesen Namen vor.

In dem Interview behauptet der Überläufer, dass es in den vergangenen Monaten zu Tötungen von Migranten, die illegal die weißrussisch-polnische Grenze überschritten hatten, gekommen ist. Soldaten der polnischen Armee seien zu den Grenzschrützern abgeordnet und von diesen gezwungen worden, Migranten zu exekutieren. Zuvor habe man die Soldaten unter Alkohol gesetzt. Er selbst sei ebenfalls zu Exekutionen gezwungen worden:

"Einer der anderen Grenzbeamten verlangte, dass wir unsere Waffen nachladen. Als wir fragten, warum, sagten sie, wir sollen nachladen und fingen an, auf unsere Köpfe zu zielen, damit wir schießen. Bei der ersten Patrouille waren wir betrunken, unterwegs haben wir einen einsamen Flüchtling erwischt. Wir brachten ihn in den Wald, schaufelten ein Grab, und direkt vor unseren Augen schossen ihm die Grenzposten in den Kopf."

Czezko erklärte weiter, er wisse von mindestens zwei Fällen, in denen freiwillige Helfer bzw. Pro-Migrations-Aktivistinnen getötet wurden. Er selbst sei bei einem dieser Fälle Augenzeuge gewesen.

Er fordert, dass das Rote Kreuz die Vorfälle untersucht und Zugang zu den grenznahen Wäldern, in denen die Leichen der Migranten verscharrt worden sein sollen, erhält.

Warschau leugnete zunächst, dass es einen Soldaten dieses Namens überhaupt gibt. Später räumte die polnische Seite ein, dass Emil Czezko in den Reihen der polnischen Armee dient.

Die Einlassungen wechselten in schneller Abfolge von der bloßen Bestätigung, dass er vermisst werde, über die Behauptung, Czezko sei gefallen und der Meldung, er habe gekündigt, zu der derzeit verbreiteten Darstellung, es handele sich bei ihm um einen Alkoholiker und Drogenabhängigen. Auch soll er "Probleme mit der Justiz" gehabt haben.

Mariusz Blaszczak, der Verteidigungsminister Polens, twitterte am Freitag zum Fall des Deserteurs:

"Ein gestern vermisster Soldat hatte ernsthafte Probleme mit dem Gesetz und trat aus der Armee aus. Er sollte niemals dem Grenzdienst zugeteilt werden. Ich habe um eine Erklärung gebeten, wer dafür verantwortlich ist."

Eine Anfrage von RT DE an die Pressestelle des polnischen Außenministeriums, die erhobenen Anschuldigungen zu kommentieren, ist bislang nicht beantwortet worden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bdad66b480cc5ac701d566.jpg>

### snews.de: **USA: Dritter Hyperschallraketenstart der Luftwaffe gescheitert – Bericht**

Der US-Luftwaffe ist es zum dritten Mal nicht gelungen, einen erfolgreichen Test des Prototyps der Trägerrakete AGM-183A, auch ARRW genannt, durchzuführen. Das teilte das Online-Magazin „The Drive“ am Freitag mit.

Die Rüstungsdirektion des Life Cycle Management Kommandos der Luftwaffe bestätigte gegenüber dem Magazin, dass ein weiterer Versuch, einen ARRW-Test am 15. Dezember 2021 durchzuführen, gescheitert sei. Die Ursache des Problems, das zur Abbrechung der Tests geführt habe, sei noch nicht ermittelt worden, so die Luftwaffe-Vertreter. Die Prototyp-Rakete habe die Tragfläche des B-52-H-Bombers nicht verlassen.

„Die Startsequenz wurde vor der Abkoppelung aus einem unbekanntem Grund abgebrochen“, sagte der Luftwaffe-Brigadegeneral und der Leiter des Waffenprogramms, Heath Collins.

„Die Rakete kehrt in die Fabrik zurück, und die Analyse der Telemetrie und der Borddaten wird sofort eingeleitet. Das Programm wird versuchen, den Flugtest so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.“

Der Test fand etwa fünf Monate nach dem zweiten Versuch im Juli statt, als man auch vorhatte, Flugtests der ARRW durchzuführen. Die USA hatten gehofft, im Jahr 2021 drei Flugtests zu machen, und ein dritter Misserfolg ist für die Luftwaffe-Vertreter zweifellos beunruhigend, auch wenn bei der Entwicklung eines neuen fortschrittlichen Waffensystems mit einigen Problemen zu rechnen ist.

„Ich bin mit der Geschwindigkeit nicht zufrieden. Wir machen einige Fortschritte in der Technologie; ich würde es gerne sehen, dass es besser ist“, hatte der Secretary of the Air Force, Frank Kendall, bei einer jährlichen Konferenz der „Air Force Association“ im September 2021 erklärt.

Dies geschieht auch gleichzeitig mit dem Beginn Chinas und Russlands, ihre eigenen Hyperschallwaffen aufzustellen und neue zusätzliche Raketentypen zu entwickeln.

„Was Sie beunruhigen muss, ist, dass die Vereinigten Staaten in den letzten fünf Jahren oder vielleicht noch länger neun Hyperschallraketenstarts durchgeführt haben, die Chinesen haben in derselben Zeit jedoch Hunderte gemacht“, sagte der inzwischen pensionierte Luftwaffengeneral John Hyten gegenüber der Nachrichtenabteilung „CBS News“.

Hyten zufolge hatte China bereits eine Mittelstrecken-Hyperschallrakete entwickelt, während die USA noch einige Jahre von der Einführung ihrer ersten entfernt sind.



[https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/12/4734341\\_0:0:3179:1788\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_806d6426784fd9ebe6c0e8f73f453e43.jpg](https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/12/4734341_0:0:3179:1788_1920x0_80_0_0_806d6426784fd9ebe6c0e8f73f453e43.jpg)

**abends:**

**mil-lnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 18. Dezember 2021**

Im Vorfeld der nächsten Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe am 21.-22. Dezember provozieren die bewaffneten Formationen der Ukraine zielgerichtet eine Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie.

So haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade heute auf Befehl des Brigadekommandeurs Postupalskij unsere Positionen im Gebiet von **Kalinowo** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Zu unserem großen Bedauer **starb infolge der Aggression** der Kiewer Kämpfer, heldenhaft die Republik verteidigend, **ein Soldat der Volksmiliz, ein weiterer wurde verletzt**. Wir sprechen den Verwandten und Freunde des Getöteten unser Mitgefühl aus.

Durch eine erzwungene Erwiderng des Feuers mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurde die **Feueraktivität des Gegners unterdrückt**. Nach vorläufigen Informationen wurden zwei ukrainische Kämpfer vernichtet und einer wurde verletzt.

Das Kommando der Volksmiliz empfiehlt den Kiewer Kämpfern nachdrücklich, von solchen aggressiven Handlungen, die zu neuen Opfern führen und eine weitere Verschärfung der ohnehin schwierigen Lage provozieren werden, Abstand zu nehmen.